



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

85. Sitzung (öffentlich)

16. September 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)** **4**
Drucksache 14/9700
Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung
Die Ministerin für Schule und Weiterbildung, Barbara Sommer, führt in den Einzelplan 05 ein.

- 2 Neunjähriges Mädchen - Opfer eines Gewaltverbrechens in Velbert** **17**
Berichterstattung der Ministerin

3 Keine Verteuerung von Schulmahlzeiten - reduzierten Mehrwertsteuersatz beibehalten 19

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9041

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung lehnt** den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/9041** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **ab**.

4 Information über die OECD-Studie „TALIS“ 21

Bericht der Landesregierung
Vorlage 14/2776

Der Ausschuss diskutiert über verschiedene Fragestellungen.

5 Ergebnisse des zweiten Jugendlandtags im Landtag Nordrhein-Westfalen (Beschluss 1) 28

Information 14/1017

- Aussprache.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Drucksache 14/9700

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer bittet, Fragen zum Haushalt schriftlich bis zum 29.09.2009 einzureichen, sodass das Ministerium die Antworten bis zum 29.10. an das Ausschussesekretariat zurückgeben sollte, damit bis zum 04.11., den zweiten Beratungsgang des Haushaltes, die Antworten allen Abgeordneten vorlägen. Der dritte Beratungsgang im Ausschuss werde am 11.11. stattfinden. Die Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05 sollten dem Ausschussesekretariat bis zum 10.11., 13:00 Uhr, übersandt werden.

Ministerin Barbara Sommer (MSW) führt in den Einzelplan 05 ein:

(Folie 1 - Anmerkung des Protokolls: Die in der Powerpointpräsentation verwendeten Folie sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! In der vergangenen Woche hat Herr Kollege Dr. Linsen den Haushaltsentwurf der Landesregierung für das Jahr 2010 dem Landtag vorgestellt.

Er hat dabei für die Landesregierung deutlich gemacht, dass das Land trotz der globalen Finanzmarktkrise und der Konjunkturkrise auch im nächsten Jahr die politischen Schwerpunkte in den Bereichen

- Kinder,
- Jugend und
- Schule setzen will.

Ich denke, dass diese Festlegung gerade in diesem Ausschuss auf breite Zustimmung trifft.

Die Landesregierung nimmt angesichts der beschriebenen Krise vorübergehend einen Anstieg der Nettoneuverschuldung in Kauf. Sie ist aber fest entschlossen, diese nach der Krise wieder schnellstmöglich abzubauen.

(Folie 2)

Ich möchte zu Beginn meiner Einführung in den Schuletat 2010 noch einmal kurz die vom Finanzminister genannten Eckpunkte des Landeshaushalts 2010 ansprechen. Das Haushaltsvolumen des Landeshaushalts 2010 beträgt 53,3 Milliarden Euro. Es ist um 2 Milliarden Euro kleiner als in 2009.

Für bemerkenswert halte ich in diesem Zusammenhang aber, dass trotz eines Rückgangs des Gesamthaushaltsvolumens um rund 3,6 Prozent der Schulhaushalt um rund 4,3 Prozent anwächst.

Die vorhin getroffene Aussage zur Prioritätensetzung für Kinder, Jugend und Schule wird hierdurch belegt und untermauert.

(Folie 3)

Das vorstehende Tortendiagramm zeigt die Prozentanteile der Einzelhaushalte am Gesamthaushalt. Die Grafik zeigt, dass der Schulhaushalt mit einem Anteil von 26,2 Prozent den größten Einzeletat darstellt. Im vergangenen Jahr lag diese Quote noch bei 25,4 %. Auch durch diesen Vergleich verdeutlichen sich die großen Kraftanstrengungen der Landesregierung zur Verbesserung der Bildungschancen unserer Kinder.

Sie wissen, dass man aber neben dem eigentlichen Schuletat auch noch andere Ausgaben in den Blick nehmen muss, die der Schule zu Gute kommen. Aber aus Ressortzuständigkeiten sind sie in anderen Einzelplänen veranschlagt. Der Anteil von Schule und Weiterbildung am Gesamthaushalt des Landes liegt damit noch deutlich höher als hier mit 26,2 Prozent ausgewiesen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang beispielhaft die Schul- und Bildungspauschale nennen, die auch in 2010 mit 600 Millionen Euro ausgestattet ist.

Erwähnen möchte ich weiter die Mittel für die Beschäftigung von Lehrkräften in den Justizvollzugsanstalten. Die Mittel sind im Etat von Frau Kollegin Müller-Piepenkötter veranschlagt.

Das Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ mit 19,3 Millionen Euro möchte ich ebenso noch erwähnen; diese Mittel werden Schülerinnen und Schülern über den Einzelplan des MAGS bereit gestellt. Ich will es an dieser Stelle dabei bewenden lassen und mich jetzt dem Einzelplan des Schulministeriums zuwenden.

(Folie 4)

Wie Sie sehen, steigen die Ausgaben für Schule und Weiterbildung gegenüber 2009 um rund 569 Millionen Euro an. Das ist ein Ausgabenzuwachs von rund 4,3 Prozent und besonders anzumerken, weil dem gegenüber der Gesamtetat des Landes um 3,6 Prozent schrumpft.

Seit dem Regierungswechsel in 2005 ist der Einzelplan 05 um rund 2 Milliarden Euro angewachsen. Das entspricht einer Steigerung um rund 16,5 Prozent seit dem Regierungswechsel. Die vorstehende Übersicht zeigt, dass für Schule und Weiterbildung 2010 Gesamtausgaben in Höhe von fast 14 Milliarden Euro vorgesehen sind.

Den größten Anteil machen – bedingt durch die Dominanz des Lehrerstellenhaushalts – natürlich die Personalausgaben aus.

Die Sachausgaben steigen gegenüber 2009 um rund 10,4 Millionen Euro an. Von den Mehrausgaben entfallen 2 Millionen Euro auf die nochmalige Anhebung der Mittel für das Schulwandern, 5,4 Millionen Euro fließen in die Fortbildung, 1,9 Millionen Euro sind für die Sprachförderung bestimmt (Anmerkung: diese Mittel waren bislang im Einzelplan des MGFFI veranschlagt) und 0,7 Millionen Euro ste-

cken wir zusätzlich in die Gesundheitsfürsorge unserer Lehrerinnen und Lehrer, in dem wir den Betriebsärztlichen Dienst weiter ausbauen.

Von den Zuweisungen und Zuschüssen, die um rund 70,1 Millionen Euro anwachsen, entfallen rund 40 Millionen Euro auf den Bereich der Ersatzschulfinanzierung; die restlichen Gelder fließen in den Ausbau des Ganztags.

Bei den Investitionsausgaben werden wir in 2010 erneut 50 Millionen Euro für das „1.000-Schulen-Programm“ bereit stellen. Die Mittel sind vorgesehen für die Umsetzung der Ganztagsinitiative und der pädagogischen Übermittagbetreuung in Form eines Investitionsprogramms zum Ausbau von Mensen und Aufenthaltsräumen in Schulen der Sekundarstufe I.

Das Land gewährt einen Zuschuss von bis zu 100.000 Euro je Schule bei einer Kofinanzierung in gleicher Höhe durch die Schulträger.

(Folie 5)

Lassen Sie mich kurz auf das Konjunkturpaket II des Bundes und der Länder eingehen. Sie wissen, dass der Bund und die Länder zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in den Jahren 2009 und 2010 zusätzliche Investitionen mit den Schwerpunkten Bildungsinfrastruktur und Infrastruktur unterstützen. Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen stellen hierfür insgesamt 2,844 Milliarden Euro zur Verfügung.

Der Anteil des Bundes beträgt 2,133 Milliarden Euro; der Anteil des Landes und der Gemeinden beläuft sich auf 711 Millionen Euro.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in Nordrhein-Westfalen vom 02. April 2009 wurde die Grundlage für die Verteilung der Mittel geschaffen. Danach stellt das Land den Kommunen pauschal 2,38 Milliarden EUR zur Verfügung, das sind 83,68 Prozent der Gesamtmittel. 464 Millionen EUR verwendet das Land direkt für die Bereiche Hochschule und Forschung.

Alle Kommunen – also auch die finanzschwachen – können an diesen pauschal bereit gestellten Mitteln teilhaben. Über die Verwendung der Mittel entscheidet in Nordrhein-Westfalen jede Kommune selbst, da die Verantwortlichen vor Ort am besten wissen, wo Bedarf besteht.

Mit dieser besonders kommunalfreundlichen Regelung hat Nordrhein-Westfalen auch ein schlankes Verfahren gewählt, um die Mittel schnell und unbürokratisch zum Einsatz zu bringen. Speziell zur Bildungsinfrastruktur möchte ich Folgendes sagen:

Von den Gesamtmitteln in Höhe von 2,844 Milliarden Euro stehen entsprechend der bundesrechtlichen Vorgabe 65 Prozent, das sind 1,849 Milliarden Euro für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur zur Verfügung.

Davon erhalten die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen pauschal 1,385 Milliarden Euro für Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur, für Maßnahmen im Bereich der Schulinfrastruktur und kommunaler oder gemeinnütziger Einrichtungen der

Weiterbildung. 464 Millionen Euro werden – wie erwähnt – für die Bereiche Hochschule und Forschung vom Land einbehalten.

Die Gemeinden entscheiden eigenverantwortlich darüber, welcher Träger für welche Maßnahmen die Mittel erhält. Die Verantwortung dafür, dass die gesetzlichen Kriterien eingehalten und die Mittel trägerneutral eingesetzt werden, liegt bei der Gemeinde.

Nach der Änderung von Artikel 104b Grundgesetz sind in den Förderbereichen „Schulinfrastruktur“, „Hochschulen“ und „kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung“ nun auch Maßnahmen zulässig, die keine reine energetische Sanierung zum Ziel haben.

Das bedeutet, dass beispielsweise nunmehr auch die Anschaffung von Mobiliar, IT-Infrastruktur, Smart-oder Whiteboards und Laptops sowie Einrichtungen von Mensen im Zuge einer pädagogischen Übermittagbetreuung aus den Konjunkturmitteln finanziert werden dürfen. Rund 770 Millionen Euro der Mittel für die Bildungsinfrastruktur, also mehr als die Hälfte, haben die Kommunen bereits verplant. Dies alles wird neben dem Effekt der Ankurbelung der Wirtschaft auch zu Standardverbesserungen an unseren Schulen führen.

(Folie 6)

Ich wende mich jetzt der Entwicklung der Schülerzahlen und den Prognosen für das Schuljahr 2010/2011 zu. Entsprechend der demografischen Entwicklung prognostizieren wir in der Grundschule einen Schülerrückgang um 3,06 Prozent, in absoluten Zahlen ein Minus von fast 21.000 Schülerinnen und Schülern. In der Sekundarstufe I sinkt die Zahl der Schülerinnen und Schüler um voraussichtlich rund 77.000, das entspricht einem Rückgang um 7,57 Prozent.

Hierbei handelt es sich um eine saldierte Zahl. Wenn wir uns die einzelnen Schulformen in der Sekundarstufe I anschauen, zeigen sich folgende Entwicklungen: An den Hauptschulen sinkt die Schülerzahl um rund 15.000 (minus 7,31 Prozent).

An den Realschulen nimmt die Zahl der Schülerinnen und Schüler um rund 7.200 ab, das sind 2,43 Prozent weniger. In der S I des Gymnasiums prognostizieren wir einen Schülerrückgang um rund 55.900 (minus 16,79 Prozent).

Diese Zahl muss man aber relativieren; hier ist zu beachten, dass in Folge der Neuordnung der gymnasialen Oberstufe die Klasse 10 der Sekundarstufe II zuzuordnen ist.

Gleichzeitig gehen wir beim Gymnasium von einem Anstieg der Schülerzahlen in der Sekundarstufe II um 56.100 (plus von 35,21 Prozent) aus. Schülerrückgang in der S I und Schülerzugang in der S II ergeben saldiert einen Schülerzahlanstieg von 296.

Die Schülerzahl in der Sekundarstufe I an der Gesamtschule steigt um 1.093 (plus 0,6 Prozent). In der Sekundarstufe II erhöht sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler um rund 4.800 plus 12,86 Prozent. Im Saldo prognostizieren wir bei der Gesamtschule einen Schüleranstieg um rund 5.900.

Die Schülerzahlprognose für die Förderschulen basiert auf dem Ergebnis der Schülerzählung 2008 und wurde entsprechend der demografischen Entwicklung fortgeschrieben. In Folge der demografischen Entwicklung gehen wir davon aus, dass auch an den Förderschulen die Schülerzahl leicht zurück geht. Wir rechnen mit etwa 740 Schülerinnen und Schülern weniger, das entspricht 0,79 Prozent.

In den Berufskollegs rechnen wir mit rund 17.900 Schülerinnen und Schülern weniger. Das ist ein Schülerrückgang von 3,14 Prozent.

(Folie 7)

Die Stellenzahl an den öffentlichen und privaten Ersatzschulen für das Schuljahr 2010/2011 steigt um 959 an. Im Einzelnen: 179 zusätzliche Lehrerstellen für 20.000 weitere Ganztagsplätze in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich.

Für den weiteren planmäßigen Ausbau der zum nächsten Schuljahr vorhandenen 230 erweiterten Ganztags Hauptschulen und 25 Ganztagsförderschulen in der Sekundarstufe I werden ab 01. August 2010 209 zusätzliche Lehrerstellen bereit gestellt.

298 zusätzliche Stellen und Stellenäquivalente im Rahmen der Ganztagsoffensive für Realschulen und Gymnasien: Für den weiteren Ausbau von insgesamt 216 Realschulen und Gymnasien zu gebundenen Ganztagschulen werden im HE 2010 für die öffentlichen Schulen insgesamt 259 zusätzliche Stellen und für die privaten Ersatzschulen Geldmittel für 39 „Stellenäquivalente“, zusammen also ein Volumen von 298 Stellen bereit gestellt.

Für das Eignungspraktikum im Zuge der neuen Lehrerausbildung werden 230 neue Stellen geschaffen. Wir schaffen weitere 25 zusätzliche Lehrerstellen für die schulpsychologische Betreuung von Schülerinnen und Schülern an Schulen. Ich weiß, dass hierzu ein breiter Konsens zwischen Landesregierung und den kommunalen Schulträgern besteht.

Zur Verbesserung der Versorgungssituation bei den Integrativen Lerngruppen in der Sekundarstufe I werden wir für das Schuljahr 2010/2011 25 zusätzliche Lehrerstellen bereit stellen.

Wir setzen 7 Stellen bei der pädagogischen Übermittagsbetreuung, die im Zuge des Ausbaus Realschulen und Gymnasien zu gebundenen Ganztagschulen nicht mehr benötigt werden, ab. Insgesamt kommen wir so auf die stolze Zahl von 959 zusätzlichen Lehrerstellen.

Seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2005 hat die jetzige Landesregierung damit die Zahl der zusätzlichen Lehrerstellen um 7.874 erhöht.

(Folie 8)

Die eingeblendete Übersicht zeigt die Lehrstellenentwicklung seit dem Wechsel in der Regierungsverantwortung bis 2010.

In der Summe wird die jetzige Landesregierung seit 2005 unter Berücksichtigung der für das Schuljahr 2010/2011 vorgesehenen 959 neuen Stellen (siehe vorherige Folie Nr. 7) netto 7.874 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen haben.

Davon entfallen 7.544 auf den öffentlichen Bereich und 330 auf die Ersatzschulen. Der Übersicht auf Seite 24 des Erläuterungsbandes können Sie im Übrigen detailliert entnehmen, für welche Maßnahmen und Projekte und in welchem Jahr die jeweiligen Stellen geschaffen wurden.

Ich bin froh, dass diese Zahlen von Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, seit einiger Zeit nicht mehr in Zweifel gezogen werden.

(Folie 9)

Neben den 7.874 zusätzlichen und neuen Stellen werden dem öffentlichen Schulbereich trotz zurück gehender Schülerzahlen rund 8.800 Lehrerstellen belassen sowie im Ersatzschulbereich rund 400 Lehrerstellen zusätzlich refinanziert.

Es handelt sich hierbei um die sogenannten Demografiegewinne, die seit dem Regierungswechsel im Jahr 2005 entstanden sind, und zwar unter Fortschreibung der zum Zeitpunkt der Übernahme der Regierungsverantwortung von der Vorgängerregierung geltenden Standards.

Mit diesen insgesamt 9.200 Lehrerstellen wurden vor allem strukturelle Verbesserungen, wie das Vorziehen des Einschulungsalters, der Ausbau der Studentafel in der Sekundarstufe I aber auch die Rückerstattung der Vorgriffsstunden finanziert.

(Folie 10)

Für den Ganzttag und die Ganztagsprojekte werden mit dem Haushalt 2010 insgesamt 4.100 Lehrerstellen bereit gestellt. Davon wurden 3.660 Stellen von der jetzigen Landesregierung geschaffen. Gegenüber dem laufenden Schuljahr 2009/2010 wächst die Stellenzahl im Haushaltsentwurf 2010 um 640 Stellen an.

Im Einzelnen verteilen sich die 640 neuen Stellen auf folgende Maßnahmen und Projekte:

209 Lehrerstellen stehen für die Erweiterte Ganzttagshauptschule zur Verfügung. Diese Initiative wurde von der jetzigen Landesregierung gestartet. Und hierfür wurden einschließlich der Planungen für 2010 1.031 Stellen bereit gestellt.

Für den weiteren Ausbau von insgesamt 216 Realschulen und Gymnasien zu gebundenen Ganzttagsschulen werden für die öffentlichen Schulen 259 neue Stellen geschaffen. Insgesamt erreichen wir für diesen Zweck 390 Stellen. Hinzu kommen 39 Stellenäquivalente für die Ersatzschulen.

Auch bei der Ganzttagsoffensive für die Realschulen und Gymnasien handelt es sich um ein Projekt, das von der jetzigen Landesregierung ins Leben gerufen worden ist. Ich hatte eingangs bereits erwähnt, dass wir in 2010 weitere 20.000 Ganztagsplätze in der Offenen Ganzttagsschule anbieten und somit 225.000 Ganztagsplätze schaffen werden. Hierfür werden wir zusätzlich 179 Lehrerstellen vorsehen.

(Folie 11)

Ich möchte Ihnen an Hand dieser Folie die Entwicklung der Platzzahlen im Ganzttag vorstellen. Bei Übernahme der Regierungsverantwortung existierte lediglich knapp ein Drittel der heute vorhandenen Plätze im offenen Ganzttag.

Der erweiterte Ganzttag für die Hauptschulen und die Ganztagsförderschulen in der Sekundarstufe I bestand unter der Vorgängerregierung nicht. Ebenso wenig war die Umwandlung von Realschulen und Gymnasien in Ganzttagsschulen vorgesehen. Diese Maßnahmen wurden erst durch uns ins Leben gerufen.

Der offene Ganzttag wird sich von 71.000 Plätzen auf 225.000 Plätze im Schuljahr 2010/2011 entwickeln. Damit wird der Endausbau zunächst erreicht. Wir haben damit rund 154.000 Plätze mehr als zum Zeitpunkt des Regierungswechsels.

Bei der erweiterten Ganzttagshauptschule streben wir bis zum Jahr 2013 rund 86.000 vollwertige Ganztagsplätze an. Mit diesem Programm haben wir 2006 begonnen und haben 2010 rund 61.230 Plätze erreicht.

Die Ganzttagsoffensive, also der Ausbau von Realschulen und Gymnasien zu Ganzttagsschulen, sieht für 2010 rund 39.500 Plätze vor. Im Endausbau im Jahr 2013 wollen wir 128.000 Plätze geschaffen haben. An privaten Realschulen werden rund 2.100 zusätzliche Ganztagsplätze und an privaten Gymnasien rund 6.200 zusätzliche Ganztagsplätze hinzu kommen.

Insgesamt wollen wir – wenn der Ausbau in allen Stufen abgeschlossen ist – einschließlich der Plätze im gebundenen Ganzttag rund 710.000 Ganztagsplätze anbieten. Damit können voraussichtlich 43 % aller Schülerinnen und Schüler der Primarstufe und der Sekundarstufe I am Ganztagsbetrieb teilnehmen.

(Folie 12)

Die Landesregierung wendet für den Ganzttag eine Menge Geld auf. Wir werden im Endausbau fast 450 Millionen Euro jährlich für unsere Ganzttagsangebote und Ganzttagsoffensiven ausgeben. Gestartet sind wir 2005 mit rund 84 Millionen Euro. Wir werden also die Startsumme mehr als verfünffachen.

Würde ich die Kosten für den alten gebundenen Ganzttag hinzurechnen, müsste ich dafür weitere rund 185 Millionen Euro ansetzen und käme somit sogar auf einen Gesamtsumme von mehr als einer halben Milliarde Euro.

(Folie 13)

Die Landesregierung hatte bei ihrem Amtsantritt angekündigt, den Unterrichtsausfall, den sie vorgefunden hatte, deutlich zu reduzieren. Das ist uns eindrucksvoll gelungen.

Lag der Unterrichtsausfall 2005 noch bei 4,4 Prozent, beträgt er nach der letzten Stichprobenerhebung 2008 nur noch 2,0 Prozent. Also eine satte Halbierung der vorgefundenen Hypothek. Wir haben uns der Herausforderung, den Unterrichtsausfall deutlich zu minimieren, sofort gestellt. Schon mit dem 2. Nachtragshaushalt 2005 haben wir die ersten 1.000 zusätzlichen Stellen geschaffen. Es folgten je weitere 1.000 Stellen in 2006 und 2007. 2008 und 2009 kamen noch einmal jeweils 500 Stellen hinzu. Insgesamt wurden von dieser Landesregierung in einem

finanziellen Kraftakt 4.000 zusätzliche Stellen zur Verringerung des Unterrichtsausfalls geschaffen. Die vorstehende Übersicht zeigt, wie wir diese 4.000 Stellen auf die einzelnen Schulformen verteilt haben.

Nach den derzeitigen Planungen können Sie davon ausgehen, dass die Stellenverteilung für das Schuljahr 2010/2011 unverändert bleiben wird. Besonderes Augenmerk haben wir auf die Grund- und Hauptschulen in sozialen Brennpunkten gelegt.

Die Verteilung der Stellen in diesen beiden Schulformen wird nach einem besonderen Sozialindex vorgenommen. Den Sozialindex habe ich Ihnen bereits im vergangenen Jahr vorgestellt.

(Folie 14)

Ein guter Indikator, aus der die Verbesserungen bei der Unterrichtsversorgung abgelesen werden können, ist die Schüler-Stellen-Relation. Auf der Grundlage der Schülerzahlen und der insgesamt veranschlagten Lehrerstellen zeigt sich eine deutliche Verbesserung seit dem Jahr 2005.

Betrug sie im letzten von Rot-Grün zu verantwortenden Haushalt 2005 (1. Nachtrag 2005) noch 18,59, so ist sie von uns Jahr für Jahr verbessert worden. Sie wird sich mit dem Haushalt 2010 weiter auf 16,59 verbessern. Das heißt, dass auf eine Lehrerstelle in 2010 zwei Schüler weniger entfallen als noch vor fünf Jahren.

Kann man die Bemühungen der Landesregierung zur Verbesserung der Unterrichts- und Stellensituation noch deutlicher machen?!

(Folie 15)

In den Kontext der Bemühungen der Landesregierung, die Unterrichtssituation an unseren Schulen zu verbessern, gehört auch die Anhebung der Mittel für den Vertretungsunterricht. In diesem Jahr haben wir den Ansatz um rund 2,4 Millionen Euro erhöht; 2010 legen wir noch einmal rund 4,2 Millionen Euro drauf, so dass für Vertretungszwecke fast 50 Millionen Euro zur Verfügung stehen werden. Hinzu kommen noch 900 Stellen für die schulübergreifende Vertretungsreserve an den Grundschulen.

(Folie 16)

Bei den Ersatzschulen rechne ich mit einem weiteren Anstieg der Schülerzahlen. Den Bezirksregierungen sind bislang ca. 30 Neugründungsinitiativen gemeldet worden. Inwieweit diese in förmliche Ersatzschulgenehmigungen münden, kann derzeit nicht gesagt werden. Wir haben zurzeit 449 Ersatzschulen mit rund 208.600 Schülerinnen und Schülern.

Der Mittelansatz für die Bezuschussung der Ersatzschulen steigt gegenüber 2009 um weitere rund 39,6 Millionen Euro auf dann rund 1,17 Milliarden Euro an.

Daneben nehmen die Ersatzschulen an allen Standardverbesserungen teil, die wir im öffentlichen Schulwesen vorgenommen haben und noch weiter vornehmen.

(Folie 17)

In den kommenden Jahren führt die demografische Entwicklung zu steigenden Berufsaustritten bei den Lehrkräften. Daraus folgt, dass wir einem erhöhten Bedarf an Einstellungen gegenüber stehen, wenn die Unterrichtsversorgung auch weiterhin auf hohem Niveau gesichert bleiben soll.

Die Landesregierung reagiert auf diese Entwicklung. Wir erhöhen die Zahl der Stellen für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter nochmals um 571. In diesem Jahr haben wir bereits 316 neue Stellen für den Lehrernachwuchs geschaffen. 2010 werden wir für die Ausbildung des Lehrernachwuchses 16.893 Stellen zur Verfügung haben. Als wir in 2005 die Regierungsverantwortung übernommen hatten, standen für den Lehrernachwuchs 13.481 Ausbildungsstellen bereit. Wir haben also innerhalb von fünf Jahren 3.052 Stellen geschaffen, das bedeutet eine Stellenvermehrung um 22 Prozent. Damit sorgen wir dafür, dass wir die zur Verfügung stehenden Stellen zukünftig deutlich besser besetzen können.

Mit der steigenden Zahl der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter erhöht sich auch der zu leistende Arbeitsaufwand für das Verwaltungspersonal an den Studienseminaren. Sie wissen, dass die Landesregierung für alle Bereich der Landesverwaltung einen Stellenabbau von 1,5 Prozent pro Jahr bis 2015 beschlossen hat.

Auf Grund der Priorität, die wir auch für die Ausbildung des Lehrernachwuchses gesetzt haben, wurden unter anderem die Studienseminare von der Verpflichtung eines Stellenabbaus ausgenommen. Dies war für unser Haus schon ein Erfolg. Jetzt konnte ich durchsetzen, dass nicht nur auf einen Stellenabbau verzichtet wird, sondern mit Blick auf den Anstieg der Lehramtsanwärter zusätzliches Verwaltungspersonal in die Studienseminare kommt.

(Folie 18)

Ich wende mich der Lehrerfortbildung zu. Wir erhöhen 2010 die Mittel für die Fortbildung unserer Lehrkräfte um rund 5,4 Millionen Euro und erreichen so einen verfügbaren Mittelansatz von mehr als 16 Millionen Euro. Wir wollen, dass Schulleiterinnen und Schulleiter in Nordrhein-Westfalen künftig noch besser für ihre Aufgaben ausgebildet werden.

Wir werden daher das Fortbildungsangebot für schulisches Führungspersonal deutlich ausbauen. Einen Schwerpunkt bilden dabei die Pflichtfortbildungen für Lehrkräfte, die sich um die Leitung einer Schule bewerben wollen.

Gerade durch die Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen haben die Schulleitungen zusätzliche Aufgaben erhalten, für die wir ihnen das nötige Rüstzeug mitgeben wollen. Im Zuge von mehr Eigenverantwortung werden Lehrerräte an den Schulen gebildet, die dort personalvertretungsrechtliche Aufgaben wahrnehmen. Wir haben deshalb mit den Gewerkschaften und den Lehrerverbänden eine Vereinbarung geschlossen, die es ermöglicht, dass Lehrerräte an Fortbildungsveranstaltungen der Gewerkschaften und Verbände teilnehmen können.

Von dem Erhöhungsbetrag sind 4 Millionen Euro im Zusammenhang mit der neuen Lehrerausbildung zu sehen. Im Kontext der neuen Lehrerausbildung legt die

Landesregierung besonderen Wert auf die Qualifizierung von Lehrerausbildern, um die Fachkräfte auf die Anforderungen der Reform vorzubereiten. So sind unter anderem Qualifizierungen vorgesehen für lösungs- und zielorientierte Begleitung (=Coaching) im Vorbereitungsdienst sowie für die Eignungsberatungen für den Lehrerberuf.

Wir erhöhen die Fortbildungsbudgets der Schulen. So erhält jede Schule unabhängig von ihrer Größe ein Mindestbudget von 800 Euro (in diesem Jahr sind es 700 Euro).

(Folie 19)

Wie eingangs erwähnt, setzt die Landesregierung auch in 2010 einen klaren Schwerpunkt bei der Bildung und dazu gehört natürlich auch die Weiterbildung. Weiterbildung bedeutet, dass Lernen als ein das Leben begleitenden Prozess zu organisieren.

Weiterbildung baut auf der Erstausbildung auf und begleitet die Menschen ihr gesamtes Leben. Sie ist deshalb grundlegend für die persönliche, berufliche und gesellschaftliche Entwicklung der Erwachsenen. Ferner spielt sie bei der Stärkung von Familien eine wichtige Rolle. Das Bildungsangebot der nahezu 500 Einrichtungen der Weiterbildung in allen Städten und Gemeinden des Landes wendet sich an Frauen und Männer, an Jugendliche und junge Erwachsene, an Seniorinnen und Senioren, an Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, an Beschäftigte und Arbeitssuchende. Es hilft allen Bürgerinnen und Bürgern, sich persönlich zu entfalten, befähigt sie, sich gesellschaftlich zu engagieren und den Anforderungen der Lebens- und Erwerbswelt gerecht zu werden.

Das Bildungsangebot umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen und die Eltern- und Familienbildung ein.

Wie wichtig mir persönlich die Weiterbildung ist, das sehen Sie daran, dass ich im Jahr 2009 ein gemeinsames Öffentlichkeitsprojekt der Weiterbildungsorganisationen des Landes angeregt und dafür 150.000 € zur Verfügung gestellt habe.

Generell habe ich den Einrichtungen der Weiterbildung für den Rest der Legislaturperiode Planungssicherheit versprochen.

Diese Zusage findet ihren Niederschlag in der Mittelveranschlagung für 2010. Wir haben in diesem Jahr bereits die Mittel für die Volkshochschulen um rund 1,4 Millionen Euro erhöht. Für 2010 legen wir hier noch einmal fast 600.000 Euro drauf. Die sonstigen Einrichtungen der Weiterbildung in freier Trägerschaft erhalten ebenfalls eine weitere Budgetaufstockung, und zwar um rund 1,5 Millionen Euro.

Im Einzelplan 05 sind für die Weiterbildungseinrichtungen rund 77 Millionen Euro veranschlagt. Hinzu kommen in Absprache mit Herrn Kollegen Laumann auch in 2010 12 Millionen Euro aus den dem Land von Brüssel zur Verfügung gestellten Geldern des Europäischen Sozialfonds.

6 Millionen Euro sind für die lebens- und erwerbsweltorientierte Weiterbildung und die anderen 6 Millionen Euro für eine Beteiligung an den vom Arbeits- und Sozialministerium aufgelegten Arbeitsmarktprogrammen vorgesehen.

Außerdem habe ich die Weiterbildungseinrichtungen – soweit sie Angebote dazu vorhalten oder entwickeln – eingeladen, sich aktiv an der Lehrerfortbildung zu beteiligen. In diesen Zusammenhang gehören die Bildungspartnerschaften, die mein Ministerium sowohl mit den Volkshochschulen als auch mit anderen Trägern eingegangen ist. Sie zeigen einmal mehr, dass ich alles unternehmen möchte, die Weiterbildung in unserem Land Nordrhein-Westfalen zu unterstützen und zu fördern.

(Folie 20)

Ich habe schon früher nicht verstanden, dass Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung bei dienstlich veranlassten Reisen Reisekosten erstattet bekamen, Lehrerinnen und Lehrer aber in der Regel eine Verzichtserklärung unterschreiben mussten, wenn sie denn eine Klassenfahrt machen wollten.

Ich habe dies als unbillig und zutiefst ungerecht empfunden. Besonders geärgert habe ich mich darüber, dass trotz der von den Vorgängerregierungen immer wieder öffentlich betonten pädagogischen Bedeutung von Klassenfahrten die Mittel hierfür kontinuierlich heruntergefahren worden sind.

Ich will darauf verweisen, dass der Haushalt 1996 noch rund 3,2 Millionen Euro vorsah, diese Mittel aber von den Vorgängerregierungen bis auf 1,9 Millionen Euro zurück gefahren worden sind. Für mich als Schulministerin war es deshalb ein vorrangiges Anliegen, für eine bessere Finanzausstattung des Reisekostentopfes zu sorgen.

Lehrerinnen und Lehrer, die mit viel Engagement diese pädagogisch wertvolle Arbeit organisieren und durchführen und hierfür eine Menge zusätzlicher Verantwortung auf sich nehmen, sollen die ihnen reisekostenrechtlich zustehende Aufwandsentschädigung auch erhalten.

Wir haben daher bereits in diesem Jahr die Mittel um 2 Millionen Euro erhöht; 2010 legen wir noch einmal denselben Betrag drauf. So können wir im nächsten Jahr rund 6 Millionen Euro für mehrtägige Schulwanderungen und Schulfahrten ausgeben.

Innerhalb von zwei Jahren haben wir den Ansatz verdreifacht! Nach dieser deutlichen Mittelerhöhung gehe ich deshalb davon aus, dass die bisher abzugebenden Verzichtserklärungen nur noch in wenigen besonderen Ausnahmefällen erforderlich sein werden.

(Folie 21)

Mit dem Haushaltsentwurf 2010 werden die Mittel für die Durchführung von Sprachstandsfeststellungen zwei Jahre vor der Einschulung, die bislang im Einzelplan des Ministeriums für Generationen, Frauen, Familie und Integration veranschlagt sind, im Einzelplan 05 etatisiert.

Im Einzelplan 15 waren hierfür 1,9 Millionen Euro reserviert. Diese Mittel wurden dem MSW zur Bewirtschaftung zugewiesen. Ich möchte dies der guten Form halber erwähnen. Eine Änderung des Sprachstandsfeststellungsverfahrens ist damit nicht verbunden.

(Folie 22)

Die jetzige Landesregierung hat die Anzahl der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen seit 2007 deutlich erhöht. Wir haben 2007 50 zusätzliche Stellen für Schulpsychologen geschaffen. Mit dem Haushaltsentwurf 2010 werden weitere 25 Stellen eingerichtet. Damit stellt das Land ab 2010 insgesamt 145 Stellen für die schulpsychologische Betreuung zur Verfügung.

Gegenüber 2005 sind das 71 Stellen mehr. Wir haben die Stellenzahl fast verdoppelt! Formale Voraussetzung für die Zuweisung einer zusätzlichen Landesstelle ist der Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Schule und Weiterbildung und den jeweiligen kommunalen Spitzen der Kreise bzw. kreisfreien Städte. Ziel dieses Verfahrens ist es, dass der bisherige kommunale Stellenanteil erhalten oder ausgebaut wird.

Mit den 25 neuen Stellen ab 2010 wird sicher gestellt, dass in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt jeweils mindestens zwei vom Land finanzierte Stellen für die schulpsychologische Versorgung bereit stehen. Zusammen mit den kommunalen Stellen sind rund 295 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in Nordrhein-Westfalen tätig. Mindestens eine Kraft hat eine besondere Ausbildung im Krisenmanagement, d.h. in der Notfallpsychologie.

(Folie 23)

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich noch ein vorstellen, das erfolgreich angelaufen ist und sich inzwischen etabliert hat. Es geht um den landesweiten Einsatz von Schulverwaltungsassistentinnen und Schulverwaltungsassistenten.

Wir alle wissen, dass Unterricht auch Organisation und Verwaltung voraussetzt. Das machen Schulleitungen und Lehrkräfte. Gemeinsam mit der Bezirksregierung in Arnsberg haben wir 2007 ein Pilotprojekt gestartet, das zum Ziel hat, Schulleitungen und Lehrkräfte von zwar notwendigen aber auch zeitaufwändigen Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Ich möchte, dass sich Lehrerinnen und Lehrer noch stärker ihrer pädagogischen Arbeit widmen können.

Dieses Projekt ist auf große Resonanz bei den Schulen gestoßen. Die teilnehmenden Schulen verzichten auf einen Teil ihrer Anrechnungsstunden (i.d.R. sieben Stunden) und erhalten dafür eine ganze Verwaltungskraft. Das Projekt hat sich erfolgreich entwickelt. Wir können feststellen, dass Verwaltungsabläufe an den Schulen durch die Verwaltungspraktiker deutlich vereinfacht werden konnten.

Die Schulverwaltungsassistenten kommen aus Behörden, die im Zuge der Verwaltungsreform aufgelöst werden mussten oder kw-Stellen abzubauen haben. Es handelt sich in der Regel um erfahrene Landesbedienstete.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2010 im Januar 2009 hatten wir 126 Schulverwaltungsassistenten, für die 104 Stellen benötigt wurden. Zwei

Drittel davon, eben 69, sind im Einzelplan 05 in der Titelgruppe 63 veranschlagt. Mit dem restlichen Drittel werden die Personen auf die Lehrerstellen angerechnet. Das Projekt hat sich seit Anfang Januar 2009 weiter positiv entwickelt.

Während wir 2007 mit 27 Schulen gestartet sind, sind zum 01. September 2009 schon 264 Schulverwaltungsassistenten an 303 Schulen in Nordrhein-Westfalen beschäftigt. Die hierfür erforderlichen Stellen werden im Laufe des Jahres aus dem PEM in den Einzelplan 05 umgesetzt und mit dem Haushalt 2011 haushalts-technisch nachgezeichnet. Für das Jahr 2010 haben wir eine weitere Ausweitung um 158 vorgesehen. Unsere Zielzahl für 2010 beträgt 420.

Ich komme zum Ende meiner Ausführungen. Sie sind etwas länger geworden. Das hängt aber damit zusammen, dass ich Ihnen viele positive Entwicklungen im Schulbereich vorstellen musste. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

